

Niederschrift

der IX/20. Sitzung

Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Dienstag, 23. Mai 2017
Sitzungsbeginn nöT: 17:35 Uhr Tagesordnung nöT wurde vorgezogen und nach der
Sitzungsende nöT: 17:55 Uhr Gesellschafterversammlung Akademie behandelt
Sitzungsbeginn öT: 18:00 Uhr
Sitzungsende öT: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum des Rathauses in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Ausschussmitglieder

Hans-Georg Bette
Alfons Brüggemann
Dieter Eickelmann
Rudolf Ewers ab 17:55 Uhr zum öffentl. Teil
Hubertus Heuel
Gerd Kaspari
Jürgen Meyer
Franz-Josef Pape
Ludwig Poggel
Dr. Matthias Schütte ab 17:55 Uhr zum öffentl. Teil
Werner Voss
Wilfried Welfens
Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Burkhard König
Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtverwaltungsrätin Nicole Mette
Stadtamtsrat Andreas Plett

Schriftführerin

Stadtinspektorin Antonia Schulte

Entschuldigt fehlen

Ralf Fischer sowie dessen Vertreter Wilhelm Ewers

Zur Tagesordnung stehen:

A	ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1.	Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragssatzung) - Erlass des 1. Nachtrags zur Straßenbaubeitragssatzung	IX/807
2.	Abwassergebühren für das Jahr 2017 - Erlass des 2. Nachtrags zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung	IX/811
3.	Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf den Ruhrverband - Bürgerbegehren	IX/809
4.	Stadtverwaltung Schmallenberg - modern und digital in die Zukunft - Strategiekonzept eGovernment	IX/803
5.	Änderung des Umlegungsplanes Grafschaft vom 04.08.1951 - G 239 - ; Satzungserlass	IX/781
6.	Bericht der Verwaltung	
7.	Verschiedenes	
B.	NICHTÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1.	Zukünftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Valentin-Schule	IX/823
2.	Erwerb eines Grundstücks im Stadtteil Bad Fredeburg; Genehmigung des Grundstückskaufvertrags	IX/814
3.	Ausschreibung der Unterhaltsreinigung des Schulzentrums in Schmallenberg - Auftragsvergabe	IX/822
4.	Unbefristete Niederschlagung von Insolvenzforderungen aus der Rückzahlung von Leistungen nach dem UVG	IX/797
5.	Unbefristete Niederschlagung einer rückständigen Insolvenzforderung	IX/808
6.	Bericht der Verwaltung	
7.	Verschiedenes	

Bürgermeister Halbe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Herr Wiese fragt nach, warum die zukünftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Valentin-Schule im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden solle, da es nicht um Personalangelegenheiten oder etwas ähnlich Geheimhaltungswürdiges gehe.

dem integrierten Stadtentwicklungskonzept folge. Die einzelnen Maßnahmen des Konzeptes müssten noch weiter erarbeitet werden.

Herr Eickelmann führt aus, dass er so ein Projekt hervorragend finde, die Umsetzung jedoch jahrelang dauere und viel Arbeit bedeute.

Frau Mette legt dar, dass in diesem Jahr die E-Akte im Jobcenter starte und man die ersten Erfahrungen abwarten wolle.

Herr Halbe sagt, dass dies nur aufgrund einer sehr aufgeschlossenen Mitarbeiterschaft möglich sei.

Herr König fügt hinzu, dass insgesamt 11 Arbeitsplätze digitalisiert werden. Auf Dauer werden dadurch keine Aktenschränke mehr notwendig sein und die Effizienz werde steigen.

Herr Bette meint, man müsse auch selbstkritisch sein. Es gebe ein elektronisches Ratsinformationssystem. Manche Ratsmitglieder erhalten die Unterlagen per Post, einige digital und mehrere über beide Wege. Sie selbst seien nicht konsequent in digitaler Ratsarbeit. Sein Vorschlag sei, dass man einen Termin bestimme, ab dem Unterlagen nur noch digital zur Verfügung gestellt werden.

Herr Meyer erinnert, dass die Grünen-Fraktion für eine Schmallenberg-App plädiert habe. Bei Gesprächen habe man festgestellt, dass es verschiedene Arten, hohe Kosten und viel Arbeit gebe. Man könne die Kosten jedoch kaum schätzen.

Herr Dr. Schütte fragt, ob andere Kommunen auch ein solches Konzept verfolgen.

Herr Halbe erklärt, dass sich 59 Kommunen im Verbandsgebiet der Citkomm in 3 Kategorien für eine Umsetzung des Bereichs eGovernment eingeordnet haben. Man selbst habe sich in die mittlere eingruppiert. Die größeren Kommunen befinden sich überwiegend in der Kategorie für die schnelle Umsetzung. Es gebe rechtliche Vorgaben und einen großen Rahmen an Möglichkeiten, in dem man sich bewege.

Herr Eickelmann gibt zu bedenken, dass sich die Kosten nur verschieben werden. Es werde womöglich effizienter, aber nicht günstiger. Neue Kosten entstehen, während alte Kosten entfallen.

Herr Halbe nennt abschließend als Beispiel für eine gesteigerte Effizienz die Digitalisierung von Bauakten. Dadurch habe man riesige Vorteile bei der Altaktenbearbeitung.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das der Vorlage beigefügte eGovernment Strategiekonzept als Grundlage für das weitere Vorgehen der Stadt Schmallenberg in Sachen eGovernment zustimmend zur Kenntnis.

**TOP 5 Änderung des Umlegungsplanes Graftschaft vom 04.08.1951 - G 239 - ;
Satzungserlass IX/781**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, die Satzung über die Änderung des Umlegungsplanes Grafschaft vom 04.08.1951 - G 239 - mit Aufhebung von Zweckbestimmungen gemäß dem der Vorlage beigefügten Satzungsentwurf zu erlassen und die darin aufgeführten Grundstücke bzw. Grundstücksflächen zum Zwecke der Veräußerung einzuziehen.

TOP 6 Zukünftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Valentin-Schule **IX/823**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Frau Mette erläutert die momentane Situation und stellt die Vorlage dar. Sie schlägt vor, im Erdgeschoss Platz für einen Kindergarten und die Kindertagesbetreuung einzurichten. Im Obergeschoss könnten Räume für die Verwaltung entstehen. Diese könnten vom Jugendamt bezogen werden. Darüber hinaus ist eine Ausweitung der Nutzung der VHS möglich, damit die Schulzentren entlastet werden können.

Herr Meyer fragt, was mit den Flüchtlingen, die in dem Gebäude leben, passieren werde.

Herr König erklärt, dass nicht mehr viele Flüchtlinge in dem Gebäude leben und diese in Wohnungen umgesiedelt werden sollen. Die Betreuer seien bereits informiert. Die Interessen der Flüchtlinge sollen berücksichtigt werden.

Herr Ewers merkt an, dass die Flüchtlinge nicht in Randgebiete umgesiedelt werden sollten. Sie seien in Schmallenberg aufgrund der Infrastruktur besser aufgehoben. Außerdem fehlen ihm konkrete Zahlen in Bezug auf den Kindergarten und die Anmeldungen.

Herr König antwortet, dass der Bedarf an Kindergartenplätzen gerade so gedeckt werden könne und mutmaßlich weitere Plätze im nächsten Jahr benötigt werden. Das wisse man allerdings erst im Dezember/Januar.

Herr Halbe erklärt in Bezug auf die Flüchtlinge, dass die Integration im Vordergrund stehe und dafür der Bezug eigener Wohnungen notwendig sei. Eine dauerhafte Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften solle vermieden werden.

Herr Wiese findet den Gedanken, das Jugendamt in das Gebäude der ehemaligen Valentin-Schule umzusiedeln, sympathisch. Er fragt nach, welche Räume dann noch frei bleiben werden.

Herr Dicke führt aus, dass die obere Etage noch zu belegen sei.

Herr Pape gibt zu bedenken, dass die Flüchtlingskrise noch nicht beendet sei und man Reserven haben sollte, falls die Zuweisungen steigen.

Herr König erläutert, dass die Reserven ausreichen, um einen normalen Flüchtlingsstrom zu bewältigen. Die Gebäude halb leer stehen zu lassen, sei unwirtschaftlich. Im nächsten Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur werde man darüber informieren.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, weitere Planungen für eine zukünftige Nutzung der ehemaligen Valentin-Schule durch die Bereiche „Kindergarten/-tagesbetreuung, Verwaltung, VHS und sonstige Dritte“ vorzunehmen und die erforderlichen Maßnahmen in der Haushaltsplanung 2018 zu berücksichtigen.

TOP 7 Bericht der Verwaltung

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 Verschiedenes**TOP 8.1 Radwegenetz**

Herr Wiese fragt nach dem Ausbau des Radwegenetzes.

Herr Halbe erläutert, dass man auf die Landtagswahl gewartet habe, um zu wissen, an wen man ein solches Schreiben richten solle. Entlang jeder Landes- und Bundesstraße solle ein Radweg sein.

TOP 8.2 Straße zwischen Bad Fredeburg und Rimberg

Herr Ewers erklärt, dass die Straße von Fredeburg über den Rimberg dreispurig ausgebaut werden solle. Man könne so schneller zur Autobahn in Meschede gelangen.

Herr Halbe teilt mit, dass dies mit in ein Schreiben an den zuständigen Minister aufgenommen werden solle. Er sehe in einem Ausbau ebenfalls einen erheblichen Vorteil für die Verkehrsinfrastruktur. Es gebe auf der Strecke jedoch viele Ein- und Ausfahrten, die mit eingebunden werden müssten.

TOP 8.3 Breitband- und Mobilfunkversorgung

Herr Voss fragt, ob es einen neuen Stand bezüglich der Förderung der Breitbandversorgung gebe. Er werde häufig von Bürgern darauf angesprochen.

Herr Halbe erläutert, dass es keinen neuen Sachstand gebe. Eine Bewilligung über Fördermittel liege noch nicht vor. Das weitere Verfahren werde wohl noch ein dreiviertel Jahr in Anspruch nehmen.

Herr Dicke stimmt zu, dass vor 2018 nicht mit einem Ausbau gerechnet werden könne.

Herr Bette fragt nach einer Verbesserung des Mobilfunknetzes, da einige Orte nur sehr dürfte erschlossen seien und schlägt eine Inventur der Gebiete mit mangelhafter Anbindung vor. Es handle sich seiner Meinung nach um einen wichtigen Standortfaktor.

Herr Halbe erklärt, dass man dies aufarbeiten werde.